

Brief aus Berlin

Petition: 50 000 Menschen sprechen sich für das Grundeinkommen aus

KOBLENZ/BERLIN. Die Rhein-Zeitung lädt die Bundestagsabgeordneten aus dem Koblenzer Wahlkreis ein, ihren Wählern im „Brief aus Berlin“ einen Einblick in den politischen Alltag zu gewähren. Heute schreibt Josef Winkler (Bündnis 90/Die Grünen):

In den vergangenen Wochen hat es bereits zum zweiten Mal eine Petition geschafft, die E-Mail-Server des Bundestags lahmzulegen. Und das, obwohl wir erst vor Kurzem neue Server in Betrieb genommen haben. Da werden jetzt einige Techniker ein paar graue Haare mehr bekommen haben. Da es sich beim Petitionsrecht um ein Grundrecht handelt (aus Artikel 17 des Grundgesetzes) darf so et-

was nicht noch einmal passieren. Worum geht es in der Petition? Mehr als 50 000 Un-



terzeichner hatten einer „öffentlichen Petition“ (siehe www.bundestag.de) zur Einführung eines „bedingungslosen Grundeinkommens für alle“ ihre Zustimmung erteilt. Es handelt sich hierbei

um ein Modell der staatlichen Auszahlung einer bestimmten Summe pro Monat – in der Petition 1500 Euro für Erwachsene und 1000 Euro für Kinder, bei Gegenfinanzierung durch eine Konsumsteuer – alle anderen Steuern, Transferleistungen und Subventionen sollen „eingestellt“ werden. Die Aufnahme einer Arbeit wäre nicht erforderlich. Diese auf den ersten Blick etwas abenteuerlich anmutende Petition hat aber einen durchaus ernst zu nehmenden Hintergrund. Trotz Abermilliarden, die jährlich in die Sozialsysteme fließen, nähern wir uns wieder der 5-Millionen-Marke bei den Arbeitslosen. Gleichzeitig werden vielen Transferleistungsempfängern staatlicherseits Ar-

beitsverpflichtungen auferlegt, die nicht einmal bei einer oberflächlichen Prüfung als „der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt dienend“ angesehen werden können. Ebenso lässt die zunehmende Armut von Kindern trotz arbeitender Eltern eine immer größer werdende Anzahl von Menschen nach der Beachtung der Menschenwürde aus Artikel 1 des Grundgesetzes fragen. Das Modell in der Petition ist eines von vielen Grundeinkommensmodellen, die in der Diskussion sind und unter Umständen nicht das Geeignetste. Voreilig ausschließen sollte man eine solche Lösung aber nicht, ich freue mich auf die öffentliche Beratung der Petition in der nächsten Zeit.